



NIEDERSCHRIFT DER SITZUNG

Sitzungsnummer: JHA/03/2007
Gremium: Jugendhilfeausschuss
Tag: Mittwoch, 25.04.2007
Ort: Rathaus an der Volme, Sitzungsraum A.201
Beginn: 15:00 Uhr

A. TAGESORDNUNG

I. Öffentlicher Teil

1. Feststellung der Tagesordnung
2. Mitteilungen
3. Anliegen der Jugendräte
4. Haushaltsplanentwurf 2007
 - a) kameraler Haushalt
 - b) NKF-Haushalt
 - c) Haushaltssicherungskonzept und Strategiekonzept
5. Kinderspielplatz Vossacker
Vorlage: 0309/2007
6. Kinderspielplatz Hoffnungstal
Vorlage: 0253/2007
7. Ausbau Kinderspielplatz Kratzkopf
Vorlage: 0298/2007
8. Lokales Bündnis für Familien
 - Berichterstattung aus den AGs
 - Familienberichterstattung, Holger Wunderlich, Ruhr-Universität Bochum, Zentrum für interdisziplinäre Ruhrgebietsforschung (Zefir)
 - Unterstützungsleistungen für das "Lokale Bündnis für Familien"Vorlage: 0231/2007



9. Offene Ganztagschule - Anpassungen an die Bedarfslage durch veränderte Rahmenbedingungen
Vorlage: 0173/2007
10. Nutzung von Schulhöfen als Spielflächen
-Abendliche Schließung des Schulhofes der Grundschule Eilpe, Selbecker Straße 55
Vorlage: 0271/2007
11. Nutzung der Schulhöfe nach Unterrichtsende
Vorlage: 0287/2007
12. Jahresbericht Music-Office-Hagen für das Jahr 2006
Vorlage: 0251/2007
13. Anfragen nach §6 Abs. 8 der GeschO des Rates



B. SITZUNGSVERLAUF

I. Öffentlicher Teil

Beginn des öffentlichen Teiles: 15:00 Uhr

1. Feststellung der Tagesordnung

Zusammenfassung des Diskussionsergebnisses:

Herr Strüwer begrüßt die Teilnehmer des Ausschusses. Es gibt keine Vorschläge zur Änderung der Tagesordnung.

2. Mitteilungen

Herr Steuber teilt mit, dass die Stadt Hagen beim NRW- weiten Wettbewerb „Aktionsplan für Toleranz und Demokratie“ den ersten Platz belegt hat und damit für die Dauer von drei Jahren eine Förderung von 100.000 € per anno erhält. Es wird gemeinsam mit den freien Trägern überlegt, welche Projekte man davon bestreiten kann.

Herr Heckrodt teilt mit, dass eine Verschiebung auf der Prioritätenliste der Kinderspielflächen eingetreten ist, dabei wird die Sanierung Bolzplatz Haldener Str./ Berchumer Str. nunmehr finanziert aus der Maßnahme „Sanierung Lenneplatz“.

Herr Szcukowski berichtet über den aktuellen Sachstand der Sprachstandserhebung. Zum Gesichtspunkt der Kostenneutralität führt er aus, dass die durchgeführten Erhebungen in den Einrichtungen Schillerstr. und Krambergstr. 48 in erheblichem Umfang Mitarbeiterstunden verursacht haben.

Ferner berichtet Herr Gebauer über den aktuellen Stand der Pilotphase „Familienzentrum“. Die Evaluierungsbögen sind zwischenzeitlich nach Berlin gesandt worden, so dass das angestrebte Gütesiegel voraussichtlich Ende Juni erteilt wird.

Herr Fischer berichtet über den 1. Hagener Stöbertag und ergänzt seine Ausführungen anhand einer mehrseitigen als Broschüre gestalteten Dokumentation, die den Teilnehmern des Ausschusses ausgehändigt wird. Ein zweiter Stöbertag ist für Oktober 2007 geplant.

Herr Zoremsky teilt mit, dass aufgrund erfolgter interner Umstrukturierung bei der Polizei Hagen nunmehr Herr Vitte die Aufgaben im Ausschuss wahrnimmt.



3. Anliegen der Jugendräte

Zusammenfassung des Diskussionsergebnisses:

Frau Schwanke gibt einen umfassenden Überblick über die Frage eines Alternativstandortes für den Elmar-Sportplatz. Die schriftliche Fixierung der ausführlichen Darlegung ist diesem Protokoll als Anlage beigefügt.

Das Mitglied des Jugendrates Herr Traut berichtet von einer Exkursion des Gremiums zum Düsseldorfer Landtag mit anschließendem Besuch der Landeszentrale für politische Bildung, wo ein Mitarbeiter des Verfassungsschutzes über das Thema Rechtsextremismus referierte.

Herr Traut berichtet ferner, dass der Jugendrat die beabsichtigte Einrichtung eines Mountainbikeplatzes am Hengsteysee befürwortet.

Darüber hinaus teilt er mit, dass es eine Begehung mit den hierfür zuständigen Mitarbeitern zur Frage der Stadtbeleuchtung gegeben hat, wobei der Jugendrat seine Vorstellungen eingebracht habe.

Hinsichtlich des Projektes Ruhrtal berichtet Herr Traut, dass die Liegeplätze für die Flösse nicht weiter aufrechterhalten bleiben sollen, die Mitgliedschaft im Yachtclub soll hingegen beibehalten werden.

Ferner weist Herr Traut auf den Mobilitätstag der Hagener Verkehrsbetriebe am 26.04.2007 hin, wo Anregungen zur Fahrplangestaltung abgegeben werden können.

4. Haushaltsplanentwurf 2007

a) kameraler Haushalt

b) NKF-Haushalt

c) Haushaltssicherungskonzept und Strategiekonzept

Zusammenfassung des Diskussionsergebnisses:

Zu diesem Tagesordnungspunkt gibt Frau Dietzler zunächst einen Überblick über die Grundlagen des NKF. Im Anschluss hieran berichtet Herr Schwemin über das Haushaltssicherungskonzept/ Strategiekonzept. Im Kern wird dargestellt, dass aufgetretene Deckungslücken über Ersatzmaßnahmen kompensiert werden können, so dass das Konsolidierungsziel erreicht wird. Es schließt sich eine seitenweise Betrachtung des vorliegenden Haushaltsplanes an. Eingangs moniert Herr Schledorn, dass ihm das in bezug genommene Vorwort nicht vorliegt und verlangt die Übersendung desselben.

Herr Strüwer problematisiert die Höhe der Ausgaben der städtischen Ämter für EDV-Leistungen. Hierzu teilt Herr Steuber mit, dass sich diese zusammensetzen aus Hardware, Internet und Beratungskosten des Habit, wobei der Habit diese Kosten weiter aufschlüsseln könne.

Zum Punkt Verwaltungshaushalt fragt Herr Strüwer, warum die Personalkosten der regionalen Arbeitsstelle um 20.000 € gesunken sind. Herr Steuber erläutert, das hinge mit der Altersteilzeit eines dort tätigen Kollegen zusammen.

Im Anschluss stellt Herr Oestreicher die Haushaltsstellenänderungen wie folgt dar:



HHst. 4550 772 00104	5.200.000 € (alt)	4.900.000 € (neu)
HHst. 4550 772 00809	1.300.000 € (alt)	1.100.000 € (neu)
HHst. 4550 772 00905	1.100.000 € (alt)	900.000 € (neu)
HHst. 4560 770 00000	1.600.000 € (alt)	1.900.000 € (neu)

Frau Kurte bittet um Erläuterung, warum die Eingliederungshilfe für seelisch Behinderte gem. § 35 a SGB VIII gestiegen ist. Herr Kothe führt hierzu aus, dass diese Kosten primär durch junge Erwachsene verursacht werden, die gegenüber ihrer Vergleichsgruppe in ihrer Entwicklung zurückgeblieben sind. Ferner erfolgt nunmehr eine Erfassung bis zum 27. Lebensjahr und nicht wie bisher bis zum 21. Lebensjahr.

Beschluss:

Der Jugendhilfeausschuss stimmt unter Bezugnahme auf den Entwurf des Haushaltsplanentwurfes 2007

- a) kameralen Haushalt
- b) NKF-Haushalt
- c) Haushaltssicherungskonzept und Strategiekonzept zu.

5. Kinderspielplatz Vossacker **Vorlage: 0309/2007**

Zusammenfassung des Diskussionsergebnisses:

Herr Heckrodt stellt anhand eines Schaubildes die Pläne für den Kinderspielplatz Vossacker vor.

Beschluss:

Der Ausbau des Kinderspielplatzes Vossacker soll auf der Grundlage der vorgestellten Ausbauplanung erfolgen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig beschlossen



6. Kinderspielplatz Hoffnungstal
Vorlage: 0253/2007

Zusammenfassung des Diskussionsergebnisses:

Auch hier stellt Herr Heckrodt die Pläne für den Kinderspielplatz Hoffnungstal vor.

Beschluss:

Dem Ausbau des Kinderspielplatzes Hoffnungstal wird auf der Grundlage der vorgestellten Ausbauplanung zugestimmt.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig beschlossen

7. Ausbau Kinderspielplatz Kratzkopf
Vorlage: 0298/2007

Zusammenfassung des Diskussionsergebnisses:

Entsprechend der Vorgehensweise zu TOP 5 und 6 wird auch hier die Beschlussvorlage anhand eines Schaubildes dargestellt und erläutert.

Herr Heckrodt stellt weiterhin unter diesem TOP die Außenanlage für das „Haus für Kinder“ vor. Der Kinderschutzbund beteiligt sich durch Spendengelder an der geplanten Entstehung einer Matschanlage, die ca. 55.000 € kosten wird. Die BV Mitte hat zur Verwirklichung dieses Projektes bereits 5.000 € zur Verfügung gestellt.

Beschluss:

Der Kinderspielplatz Kratzkopf soll durch die Erschließungsgesellschaft Kratzkopf entsprechend der vorgestellten Ausbauplanung hergestellt werden.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig beschlossen



8. **Lokales Bündnis für Familien**
- **Berichterstattung aus den AGs**
 - **Familienberichterstattung, Holger Wunderlich, Ruhr-Universität Bochum, Zentrum für interdisziplinäre Ruhrgebietsforschung (C4)**
 - **Unterstützungsleistungen für das "Lokale Bündnis für Familien"**
- Vorlage: 0231/2007

Zusammenfassung des Diskussionsergebnisses:

Frau Walter vom Bündnis für Familien gibt einen umfassenden Überblick über die Tätigkeiten in den einzelnen Arbeitsgemeinschaften. Die schriftliche Fixierung der ausführlichen Berichterstattung ist diesem Protokoll als Anlage beigelegt.

Im Anschluss an die Berichterstattung von Frau Walter hält Herr Wunderlich vom Zentrum für interdisziplinäre Ruhrgebietsforschung (Zefir) einen ausführlichen und detaillierten Vortrag zum Thema „Kommunale Familienberichterstattung als Instrument präventiver Familienpolitik vor Ort“. Hinsichtlich der Einzelheiten wird auf den als Anlage beigelegten Ausdruck der Power Point Präsentation verwiesen. Ergänzende Informationen sind erhältlich unter www.familienberichterstattung.de.

Vor dem Hintergrund, dass in Hagen ein Familienbericht in der vorgestellten Form nicht existent ist, bittet Herr Steuber um Mitteilung, welche Leistungen seitens des Instituts der Ruhr-Universität- Bochum angeboten werden. Herr Wunderlich führt hierzu aus, dass ein abgestufter Leistungskatalog vorhanden sei, so dass die Leistungen dementsprechend einzeln in Anspruch genommen werden können. Dabei bringt er zum Ausdruck, dass ein „Rundum- Paket“ nicht preiswert zu haben ist und ca. ein Jahr in Anspruch nehmen würde.

Dem Ausschuss werden weiterhin Familienberichte aus anderen Kommunen exemplarisch zur Einsichtnahme vorgelegt.

Im Anschluss hieran stellt Dr. Schmidt die Vorlage „Unterstützungsleistungen für das Lokale Bündnis für Familien“ vor.

Diesbezüglich problematisiert Herr Gebauer die nur teilweise Finanzierung der Planstelle durch die Stadt Hagen. Hierzu weist Dr. Schmidt darauf hin, dass diese Frage bereits umfassend mit dem Kuratorium abgesprochen ist und dieses unter Berücksichtigung der Gegebenheiten um Zustimmung zu dieser Lösung bittet.

Im Ergebnis handelt es sich um eine preisgünstige Lösung, da eine Beamtin des gehobenen Dienstes hier nur eine Besoldung des mittleren Dienstes erhält, was sich aus haushaltsrechtlichen Gründen erklärt.

In der anschließenden regen Diskussion legt zunächst Herr Haensel Wert auf die Feststellung, dass er bei der erwähnten Kuratoriumssitzung nicht zugegen gewesen ist. Weder Caritas noch Diakonisches Werk könnten sich hier finanziell beteiligen, vielmehr müsste man hier zusammenrücken und kämpfen.



Zu Ziffer 3 der Beschlussvorlage führt Frau Walter aus, dass der Zeitrahmen (31.12.07) kaum zu realisieren ist.

Herr Dr. Schmidt weist darauf hin, dass hierfür haushaltsrechtliche Gründe maßgeblich sind, es allerdings genügen würde, wenn die Finanzierungszusage bis spätestens Ende März 2008 vorliege.

Die Stelle selbst ist im unmittelbaren Umfeld von Frau Haack angesiedelt.

Beschluss:

- (1) Die Stadt Hagen stellt eine vorhandene Planstelle des Fachbereiches Jugend und Soziales für die Unterstützung der Bündnisarbeit zunächst befristet bis zum Ende des Jahres 2009 zur Verfügung und nimmt die Funktion der Koordination der Bündnisarbeit weiterhin wahr.
- (2) Die Kommune stellt dem Bündnis eine Summe von 30 000,- € für drei Jahre (aus Mitteln des Kontraktes für Kinder- und Jugendarbeit) als Sachkosten bereit.
- (3) Die Stadt Hagen erwartet, dass die Bündnispartner die kommunale Finanzleistung für die Bündnisarbeit durch einen eigenen Finanzierungsbeitrag unterstützen, der 50% der Personal- und Sachkosten erreichen soll. Die Finanzierungszusagen sollen bis zum Ende des Jahres 2007 erfolgen.
- (4) Die Finanzverwaltung der Sachkosten obliegt dem Kuratorium des Bündnisses, ausgenommen ist ein Sockelbetrag für Sachkosten im Rahmen von maximal 5000€ p.a.. Über den Sockelbetrag kann der Koordinierungskreis selbstständig verfügen.
- (5) Die Maßnahme wird zum 31.12.2007 umgesetzt.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig beschlossen

9. **Offene Ganztagschule - Anpassungen an die Bedarfslage durch veränderte Rahmenbedingungen**
Vorlage: 0173/2007

Zusammenfassung des Diskussionsergebnisses:

Frau Haack stellt die Vorlage in einem ausführlichen Bericht den Ausschussmitgliedern vor.

Daran anschließend findet eine rege Diskussion statt mit dem Ergebnis, in einer Unterausschusssitzung am 16.05.2007 von 14.00-16.00 Uhr mit Vertretern des



Schulausschusses über die OGS Problematik zu sprechen. Herr Fischer übergibt daraufhin an Herrn Strüwer eine Stellungnahme der „Starter-Gruppe“ zu diesem Thema für die Sitzung.

Herr Steuber schlägt vor, gemeinsam mit der ARGE Hagen zu überlegen, welche Lösungen es geben kann.

Beschluss:

- a.) Die Ausführungen zu den Punkten 1,4 und 5 werden zur Kenntnis genommen.
- b.) Das vorgestellte Konzept zu den Betreuungsbedarfen ab 7.00 Uhr sowie nach 16.00 Uhr (Punkt 2 der Vorlage) wird für das Schuljahr 2007/2008 so beschlossen. Die Haushaltsmittel i.H.v. 17.400 € (Variante 1) werden zusätzlich aus dem städtischen Haushalt zur Verfügung gestellt.
- c.) Der finanzielle Mehrbedarf für Schulen mit nur 1 Gruppe (Punkt 3 der Vorlage) i.H.v. 8.000 € pro Schule/Schuljahr wird anerkannt. Die Haushaltsmittel i.H.v. voraussichtlich 64.000 € werden zusätzlich aus dem städtischen Haushalt zur Verfügung gestellt.

Die Vorlage wird bis zum 31.07.2007 umgesetzt.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig beschlossen

10. **Nutzung von Schulhöfen als Spielflächen**
-Abendliche Schließung des Schulhofes der Grundschule Eilpe, Selbecker Straße 55
Vorlage: 0271/2007

Zusammenfassung des Diskussionsergebnisses:

Der Ausschuss berät über die Vorlage, wobei die Problematik eines etwaigen Modellcharakters dieser Maßnahme, sowie der Umstand, dass sich Bürger im Beschwerdeausschuss über Lärmbeeinträchtigungen beschweren, im Vordergrund stehen.

Es erfolgt die nachfolgende Beschlussfassung.



Beschluss:

Die Verwaltung wird beauftragt nach einer Lösung zu suchen, die keine finanziellen Mittel erforderlich macht.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig beschlossen

11. Nutzung der Schulhöfe nach Unterrichtsende
Vorlage: 0287/2007

Zusammenfassung des Diskussionsergebnisses:

Vor dem Hintergrund der Beschlussvorlage fasst der Ausschuss folgenden Beschluss.

Beschluss:

Die Verwaltung wird aufgefordert, individuelle Lösungen an den Schulen herbeizuführen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig beschlossen

12. Jahresbericht Music-Office-Hagen für das Jahr 2006
Vorlage: 0251/2007

Zusammenfassung des Diskussionsergebnisses:

Die Vorlage wird vom Ausschuss zustimmend zur Kenntnis genommen.

Beschluss:

Der Jugendhilfeausschuss und der Kultur- und Weiterbildungsausschuss nehmen den Jahresbericht des Music-Office-Hagen für das Jahr 2006 zustimmend zur Kenntnis.



Abstimmungsergebnis:

Einstimmig beschlossen

13. Anfragen nach §6 Abs. 8 der GeschO des Rates

Zusammenfassung des Diskussionsergebnisses:

Es gibt keine Anfragen.

Ende des öffentlichen Teiles: 18.00 Uhr

Willi Strüwer
Vorsitzender

Liane Meyer
Schriftführerin